

Die illegale Migration – ein Produkt staatlicher Rechtsgewalt

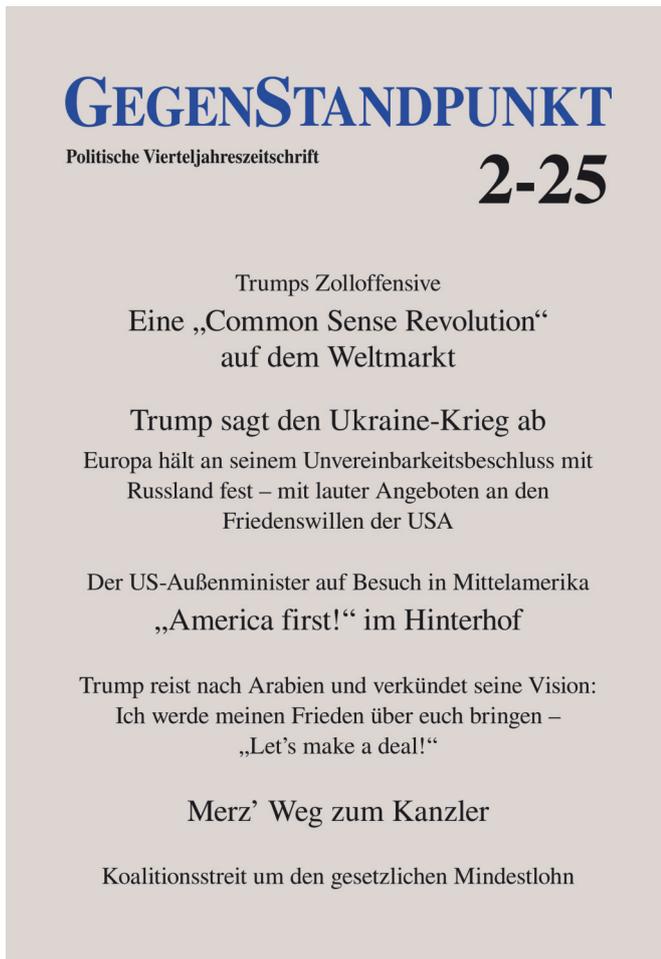
Diskussionsveranstaltung

Dienstag, 16. September 2025, 19 Uhr

Centro Sociale, Sternstraße 2, 20357 Hamburg (St. Pauli)

- „Kein Mensch ist illegal“ war einmal das Motto des Protests gegen den schäbigen Umgang des Staats mit Flüchtlingen, die nach verbreiteter Auffassung hier „bei uns“ rein gar nichts zu suchen haben. Der Einspruch geht an der deutschen Migrationspolitik gründlich vorbei: Die fußt ja gerade darauf, dass Menschen längst per staatlicher Gewalt in In- und Ausländer sortiert und demgemäß ihrer „nationalen Identität“ unterworfen sind; folglich deutsche Migrationspolitiker in den Flüchtlingen, die hier ungebeten anlanden, auch nichts anderes ausmachen, als das was sie aus ihnen machen: Ausländer.
- Als Inländer soll man sich auf das Recht etwas einbilden, das Ausländern per se nicht zusteht: Die staatliche Erlaubnis, sich hier überhaupt aufhalten zu dürfen. Das Recht auf die pure Existenz innerhalb deutscher Staatsgrenzen nehmen die wenigsten als das, was es ist: nämlich die Art und Weise, wie der Staat sich die unter seiner Herrschaft lebenden Menschen als sein Volk zuordnet, über das allein er seine Rechtsgewalt ausübt, und damit den Rest der Menschheit als auswärtige Staatsangehörige ausgrenzt.
- Entschieden näher liegt Einheimischen die Auffassung, dadurch mit einem Vorrecht ausgestattet zu sein, das im Grunde keinem Ausländer zusteht; auch wenn die – nicht anders als jeder Deutsche – versuchen, sich in und gemäß den herrschenden Lebensbedingungen irgendwie durchzuschlagen. Nicht wenigen wird das sogar genehmigt: Im übergeordneten Interesse am grenzenlosen Wachstum ihrer kapitalistischen Wirtschaft organisieren die staatlichen Behörden den Nachschub an fremden Arbeitskräften, nach dem die unternehmerische Vermehrung des Geldreichtums verlangt.
- Das sind dann die „regulären“ Migranten, bei denen keinen Augenblick vergessen wird, dass es sich dabei immer noch um fremde Staatsbürger handelt. Bei „denen“, die ohne staatliche Bestellung trotzdem hier sind, werden die Migrationspolitiker so richtig rabiat. Sie stellen aufs Größte klar, was ihre Definition „illegal“ bedeutet. Mit übelster Hetze und unter Aufbietung aller geeigneten Rechts- und Gewaltmittel lassen sie nichts aus, um Flüchtlingen den Aufenthalt hier so unerträglich zu machen, dass denen allemal lieber ist, dahin zurückzukehren, wo sie herkommen; und am Besten von Anfang an bleiben sollen.
- Ihre Politik färben Typen wie der christliche Innenminister erst gar nicht schön. Sie bekennen sich ausdrücklich und stolz zum ersten Gebot ihrer Migrationspolitik und präsentieren ihre widerwärtige Behandlung der Flüchtlinge bei passender Gelegenheit gerne als Dienst am Volk; ganz im Sinne des exklusiven Vorrechts, von Ausländern, den „Illegalen“ zumal, nicht gestört zu werden. Wobei – ob beim Einkauf bei Aldi oder bei der Arbeit im Dienst an der Vermehrung fremden Reichtums, ob beim Mietezahlen oder Sozialhilfebezug – ist dann völlige Neben- zur Hauptsache, ganz unter sich als Deutsche zu bleiben.

Lesetipp: GEGENSTANDPUNKT 2-25



Inhalt

Trumps Zolloffensive: Eine „Common Sense Revolution“ auf dem Weltmarkt

- I. Die Diagnose: eine amerikanisch gegründete Handelsordnung, die Amerika nicht mehr dient
- II. Die Therapie: ein „Reset amerikanischer Macht“ durch eine weltweite Zolloffensive

Trump sagt den Ukraine-Krieg ab – Europa hält an seinem Unvereinbarkeitsbeschluss mit Russland fest

- I. MAGA zerlegt den Westen
- II. Europas Antwort: Europa hält an seinem Unvereinbarkeitsbeschluss mit Russland fest – mit lauter Angeboten an den Friedenswillen der USA

Trump reist nach Arabien und verkündet seine Vision: Ich werde meinen Frieden über euch bringen – „Let’s make a deal!“

1. Trumps Stellung zu Israel und seinem Netanjahu: ein einzigartiger Alliiertes, von dem sich das neue Amerika zu nichts mehr verpflichten lässt
2. Trumps Stellung zum saudischen Königreich und seinem Prinzregenten: ein verlässlicher Partner, der weiß, will und hat, worauf es Amerika ankommt

3. Trumps Stellung zu Syrien und seinem Interims-CEO: Ein williger Helfer dabei, 14 Jahre Regime-Change-Gemetzel für Amerika ex post lohnend zu machen

Der US-Außenminister auf Besuch in Mittelamerika – „America first!“ im Hinterhof

Merz’ Weg zum Kanzler

Koalitionsstreit um den gesetzlichen Mindestlohn

Ein halbes Jahr Tarifstreit im Land der Zeitenwende:

Arbeitgeber sagen harte Zeiten für die Beschäftigten an, die Gewerkschaften gestalten sie mit
 VW und IG Metall: Ein umfassender Lohnverzicht im Namen der Beschäftigungssicherung
 Bahn, Merz und EVG: Planungssicherheit durch einen überpünktlichen Abschluss
 Thyssenkrupp und IG Metall: Kampf um ‚Sozialtarifverträge‘ – Mit Sicherheit entlassen
 Bund, Kommunen und ver.di: Den Weg für mehr Mehrarbeit freimachen
 Post und ver.di: Ein zusätzlicher Urlaubstag für alle und Endlosurlaub für 8000 Briefträger

15 Euro. Mehr Infos zu Inhalt und Bezugsquellen:
gegenstandpunkt.com und gegenargumente-hamburg.de

